

# Stadt Mühlheim am Main

Antragsteller/in:
<b>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>

Mühlheim am Main, den 27.01.2021

**Drucksache Nr.:**  
**1393/2016/2021**

## Antrag

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP	Öffentlich	Nicht öffentlich
Ausschuss für Familie, Soziales, Kultur und Integration	09.02.2021	4	X	
Stadtverordnetenversammlung	18.02.2021	19	X	
Stadtverordnetenversammlung	22.04.2021	17	X	

### **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sicherer Hafen**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Mühlheim

1. erklärt sich mit den Zielen der Initiative „Sicherer Hafen“ solidarisch. Sie bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht, setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.
2. zeigt sich grundsätzlich bereit, einen in vertretbarem Maße eigenen Beitrag zur Aufnahme und Unterbringung weiterer Geflüchteter in Mühlheim zu leisten. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden. Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird ein Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium sowie dem Landkreis Offenbach und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hergestellt.
3. tritt für Bleibeperspektiven von Geflüchteten ein und setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen ein.
4. sorgt für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden, indem sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung eine menschenwürdige Versorgung zur Verfügung stellt und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sicherstellt.

5. setzt sich auf allen Ebenen aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein und tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei. Sie beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik und veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen die Kommune zu einem Sicherer Hafen wird.

#### **Erläuterungen:**

Seit der Gründung der SEEBRÜCKE im Juli 2018 haben sich zahlreiche Städte, Gemeinden und Kommunen mit der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt. Sie stellen sich gegen die Abschottungspolitik Europas und leisten selbst einen Beitrag um mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen.

Die aktuell katastrophale Flüchtlingssituation erfordert ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Angesichts der Situation der Menschen in den Lagern an den europäischen Außengrenzen (Griechenland, Bosnien) müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um den dort gestrandeten Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten.

Abschottung und Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Grenzen sind keine legitimen politischen Mittel. Die Blockierung der zivilen Seenotrettung durch europäische Staaten und die Kriminalisierung der Seenotretter\*innen müssen umgehend beendet werden.

Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter, etwa der sogenannten „libyschen Küstenwache“ verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

Viele Kommunen in Europa haben sich bereits solidarisiert. Deutschlandweit beteiligen sich über 140 Kommunen und Landkreise an der Aktion „Sicherer Hafen“, die Flüchtenden ein gutes Ankommen in Deutschland ermöglichen möchte. In Hessen sind z.B. die Städte Darmstadt, Gießen, Kassel, Marburg, Wiesbaden und die Landkreise Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Werra-Meißner-Kreis bereits „Sichere Häfen“.

Mühlheim sollte ebenfalls ein Zeichen für Menschlichkeit und Solidarität setzen. Nähere Informationen gibt es unter.

Volker Westphal  
(Fraktionsvorsitzender)